

Anlage 5 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006

Haushaltsrede 2006 der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat,

mit der Einführung des NKF sind die Kreistagsabgeordneten ebenso wie die Verwaltung in diesem Jahr mit besonderen Herausforderung konfrontiert. Es gilt Abschied zu nehmen von gewohnten Strukturen und sich auf ein neues Kennziffernsystem einzulassen. Die Fraktion der Grünen findet es richtig zu diesem frühen Zeitpunkt ins Neue Kommunale Finanzmanagement einzusteigen auch wenn sich die Ausarbeitung der Kennziffern noch schwierig und gewöhnungsbedürftig gestaltet.

Jedoch: nicht nur das NKF ist neu. Wir haben es auch insgesamt mit neuen Rahmenbedingungen und neuen Mehrheitsverhältnissen auf Bundes- und Landesebene zu tun. Deren Auswirkungen liegen zum Teil noch in tiefstem Dunkel. Zum Teil lassen sich jedoch schon die Auswirkungen erkennen:

Nachdem die große Koalition zunächst vor allem durch Eines aufgefallen war: nämlich um großes Gefeielsche um Posten, feilschte sie tagelang ums Geld ohne deutlich zu machen, wo es überhaupt hingehen sollte. Nicht aufeinander abgestimmte Kürzungsvorschläge verschreckten Bürger und Investoren. Jedoch plötzlich war klar, dass die Union nun Subventionskürzungen mittragen würde, die sie in den letzten drei Jahren aus machtpolitischen Gründen rundweg abgelehnt hatte. Zu diesem steuerpolitischen Chaos gesellt sich nun noch eine Mehrwertsteuererhöhung, die die SPD im Wahlkampf noch als Merkel-Steuer diffamiert hatte. So ändern sich die Zeiten.

Aber auch die Politik der schwarz-gelben Landesregierung wird ihre Auswirkung auf unseren Kreis haben. Nicht nur, dass das neue Schulgesetz einen Rückfall in die 50er Jahre bedeutet mit Kopfnoten Entmündigung der Eltern, nein auch hier ist es die Finanzpolitik, die sich zum Schaden des Kreises auswirken wird. Nachdem die Schwarz-gelben, und leider ist hier nicht Borussia Dortmund gemeint, sich mit einem Nachtragshaushalt einen großen Schluck aus der Pulle genehmigt haben, werden nun fürs Jahr 2006 die Mittel für die Kreise und Kommunen zusammengestrichen. Unterm Strich ergibt sich bereits jetzt für den Kreis Borken ein Defizit von 1,3 Mio. Euro. Und das ist sicherlich noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Doch nach den mehr als unglücklichen Rahmenbedingungen nun zum Kreishaushalt.

Budget 1 und 4 Soziales und Gesundheit

Förderung der hauptamtlichen Familienpflege

Im Rahmen der mittelfristigen Zielplanung ist vorgesehen, diese Position im Jahr 2006 mit 12500 Euro zu versehen. Im folgenden Jahr soll diese Förderung eingestellt werden. Wir sehen und sahen gerade in diesem Instrument einen Eckpfeiler für Familien in besonderen Notsituationen. Ein qualifiziertes Angebot wird nach einer Einstellung der Förderung nach unserer Auffassung nicht mehr gewährleistet. Den Verbänden ist es noch immer nicht gelungen, kostendeckende Vergütungssätze mit den Krankenkassen zu erreichen. Es steht zu befürchten, dass es zu einer schlechteren Versorgung von Kindern kommen wird, die sich bereits in einer schwierigen familiären Situation befinden. Auch ist zu berücksichtigen, dass ein adäquater Ersatz durch nebenamtlich Beschäftigte nicht erreicht werden kann. Die Anbieter dieser Dienstleistung machen deutlich, dass der Ausstieg der kommunalen Förderung zu einem Wegbrechen der qualifizierten Familienpflege führen wird und sich die Versorgung der Familien möglicherweise auf die einfache Haushaltshilfe beschränken wird. Diese Entwicklung könne zu Spätfolgen mit Belastungen der Jugendhilfe führen. Die Caritasverbände Bocholt und Borken haben schon für das Jahr 2004 die Nachfrage nach Leistungen der Familienhilfe nicht mehr voll befriedigen können. Vielen Familien musste eine Absage erteilt werden. Die Anbieter gehen davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Auch bei den Beschäftigtenzahlen ist es zu Reduzierungen gekommen. Der Caritasverband für das Dekanat Ahaus/Vreden hat beispielsweise bereits von bisher 2,24 im Jahr 2003 auf eine Teilstelle im Jahr 2004 reduziert.

Für Kostenübernahmen sind vorrangig die Krankenkassen nach verpflichtet. In besonderen Fällen können Einsätze von ausgebildeten Fachkräften nach Honorarvertrag abgerechnet werden. Der

Argumentation der Verwaltung und der CDU/FDP, dass die Versorgung mit nebenamtlich Beschäftigten eine Grundversorgung sichere, können wir nicht folgen. Eine Versorgung und qualifizierte Begleitung der im Haushalt lebenden Kinder wird dadurch nicht abgedeckt. Für die Familienpflege bedeutet dies eine Qualitätsminderung in der präventiven Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Förderung von Altenveranstaltungen

Laut der mittelfristigen Zielplanung läuft in diesem Jahr die Förderung aus. Unter dieser HH-Position läuft jedoch nicht nur die Förderung von Altenveranstaltungen, sondern auch die Förderung der Träger. Diese Förderung wurde in den zurückliegenden Jahren von über 40.000 € im Jahr 2003 auf nunmehr 0€ zurückgefahren. Wir wollen hier zumindest eine Grundversorgung aufrechterhalten und haben 11.600 € beantragt, auch mit dem Hinweis, in Zukunft verstärkt eine Verzahnung mit dem Projekt „Leben im Alter neu denken“ vorzunehmen und gezielte Informationsveranstaltungen durchzuführen. Leider konnten CDU und FDP auch diesem Antrag nicht folgen.

SKM Bocholt Kolibri

Hier war die Mehrheit des Ausschusses und auch die Verwaltung der Meinung, dass die bisherige Förderung von Kolibri nicht die gewünschten Entwicklungen gebracht habe. Es ist dem SKM nicht gelungen, ein kreisweites Angebot zu installieren. Aus diesem Grunde unterstützen CDU und Verwaltung nun die Arbeit des Kreuzbundes, der es in recht kurzer Zeit zu einer kreisweiten Ausbreitung gebracht habe. Das hier nur ehrenamtlich Beschäftigte tätig sind, scheint nicht relevant. Dies ist bedauerlich, da gerade diese Kinder und Jugendlichen von alkoholabhängigen Elternteilen eine qualifizierte, professionelle Betreuung benötigen.

Allgemeines Fazit:

Das bisher für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung stehende Förderinstrumentarium im Rahmen der Aufgaben des SGB II ist sicher noch zu verbessern. Insbesondere die Förderprogramme für Arbeitssuchende ab 50 Jahren sind zu optimieren und bei ausbleibender Landes- oder Bundesförderung aus Kreismitteln bereitzustellen. Auch ist die Aufklärung gerade bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen über 55 Jahre zu verstärken, da die Sozialabgabepflicht der Unternehmer hier eingeschränkt ist und eigentlich eine Subventionierung stattfindet. Bei der Durchführung und weiteren Planung der sogenannten Ein-Euro-Jobs sind verstärkt die Gewerkschaften, Handwerkskammer und die IHK zu Rate zu ziehen. Der Beirat ist aufgefordert, diese Umsetzung stärker zu überwachen um Missbrauch vorzubeugen. Ebenso regen wir eine stärkere Vernetzung mit den umliegenden Optionskreisen an, um entstehende Synergieeffekte besser nutzen zu können. Auch sollten gerade die Zeitarbeitsfirmen verstärkt mit ins Boot geholt werden und last but not least ist auch die Vermittlung in den niederländischen grenznahen Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Kosten für die Unterkunft werden im laufenden Haushaltsjahr noch zu 29,1 % vom Bund getragen. Hier fordern wir von der neuen Bundesregierung eine Förderung über das Jahr 2006 hinweg, um den betroffenen Menschen in unserem Kreis auch für die Zukunft den Erhalt ihrer Lebens- und Wohngewohnheiten anbieten zu können. Der Bund muss dafür Sorge tragen, dass unsere Städte und Gemeinden bei den Kosten der Unterkunft nicht noch weiter finanziell belastet werden.

Das von der Politik ins Leben gerufene Projekt „Leben im Alter neu denken“, welches eine unmittelbare Antwort auf die Demografieuntersuchungen des Kreises ist, wird von uns nachhaltig unterstützt und soll weiterentwickelt werden. Hier darf es keinen Stillstand geben. Ein Auslaufen der Förderung darf auch nicht zu einem Wegbrechen des qualifizierten Angebotes führen, wie dies in anderen Sparten des Sozialbudgets schon geschehen ist. Dieser Entwicklung werden wir uns entgegenstellen; gerade auch vor dem Hintergrund, dass der Kreis Steuergelder in Millionenhöhe für unsinnige Projekte wie den Flugplatz Wenningfeld ausgibt. Wir wollen auch für die Zukunft in allen Bereichen der sozialen Betreuung ein hochqualifiziertes Angebot vorhalten

Wir sind mit der Erhöhung der Geldmittel für die Suchtprävention für junge Erwachsene um 9000 Euro einverstanden und haben unseren Antrag deshalb zurückgezogen. Wir erwarten aber im Gegenzug, dass die Verwaltung zum Controllingbericht ausführlich über die Entwicklung in dieser Sparte berichtet. Sollte sich herausstellen, dass keine Besserung in Aussicht ist, werden wir dieses Thema erneut zur Sprache bringen. Außerordentlich erschreckend ist, dass sich auch in unserem Kreis die Zahl der Neuinfektionen bei HIV - im Landestrend - signifikant erhöht hat. Wir werden auch hier eine

kritische Überprüfung der finanziellen Ausstattung der AIDS-Hilfe-Westmünsterland Ahaus e.V. zum Controllingbericht vornehmen. Angesichts der Gefahren der sich ausbreitenden Vogelgrippe auf das Gebiet der EU sind wir erfreut zu hören, dass der Kreis für alle Fälle gut gerüstet scheint und hoffen, dass ein Einsatz der vorgehaltenen Kräfte und Materialien nicht nötig sein wird.

Budget 2. Kinder und Jugendhilfe

Mit der Senkung der Jugendamtsumlage um 300.000 Euro gibt der Kreis Borken ein falsches Signal. Diese Senkung – gepaart mit den geplanten Landeskürzungen – im Jugendfördergesetz wird zu einer chronischen Unterfinanzierung der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort führen.

Zwar ist der Kreis Borken noch ein relativ junger Kreis, aber auch hier lässt sich erkennen, dass die Zahl der Geburten kontinuierlich abnimmt. Studien zufolge liegt eine Ursache darin, dass viele junge Frauen noch immer nicht auf eine Infrastruktur treffen, die es ihnen ermöglicht Erwerbsarbeit und Familienarbeit zu vereinbaren. Notwendige Betreuungsangebote fehlen, Kitas halten nicht genügend Plätze für unter Dreijährige vor. Arbeit mit Tagesmüttern trifft in diffizilen Situationen wie bspw. Der Erkrankung der Tagesmutter schnell an ihre Grenzen. Der Ausbau der Infrastruktur ist jedoch notwendig um jungen Frauen beides zu ermöglichen: Beruf und Familie. Wir zweifeln daran, dass die für den Kreis ermittelten Betreuungsbedarfe für Kinder unter drei Jahren tatsächlich ausreichende Berücksichtigung im Betreuungsbedarfsplan finden werden. Vielmehr steht zu befürchten, dass aus einer konservativen Weltsicht heraus hier nicht mutig genug agiert wird.

Budget 3

Lobenswert in diesem Budget ist der Antrag „Initiierung eines Sonderprogramms Verbraucherschutz“. Zwar handelt es sich nicht wirklich um etwas gravierend Neues, jedoch wird von Seiten der CDU – oder der Kreisverwaltung, wer weiß das schon - erkannt, dass in einem derart sensiblen Bereich kontinuierliche Arbeit geleistet werden muss. Verbraucherschutz kann schließlich nicht wegen Mutterschutz der Angestellten ausfallen.

Budget 5 Schule, Bildung, Kultur und Sport

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich unsere Industriegesellschaft mehr und mehr gewandelt. Alte Industrien – wie hier im Kreis die Textilindustrie- haben mehr und mehr an Bedeutung verloren und sind neuen Branchen gewichen, deren höchstes Gut das Wissen ist. Dieser sich entfaltenden Wissensgesellschaft muss auch unser Kreis Rechnung tragen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Quote der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung bei lediglich 20 % liegt, verglichen mit einer Landesquote von 30 %. Wir müssen alles dafür tun, dass den jungen Menschen auf dem Weg ins Berufsleben ein Höchstmaß an Bildung zur Verfügung steht. Möglichst schnell und umfassend sollen auf Grundlage der geplanten Bildungsstudie Maßnahmen dazu ergriffen werden.

Wir wissen, dass auch im Kreis Borken viele Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz haben. Hier ist der Landrat aufgefordert in Kooperation mit den Verbänden Mittel zu ergreifen, die zu einer Vermittlung von Jugendlichen in einen Ausbildungsplatz beitragen. Wir sollten im Ausschuss prüfen, ob eine wie im Kreis Steinfurt initiierte „Ausbildungsplatzparty“ ein geeignetes Forum sein kann.

Mit der Schaffung von neuen Bildungsgängen an den Berufskollegs wird die Situation sicher verbessert, aber auch gerade für die Bildungsschwachen sollen Maßnahmen erarbeitet werden. Ein Ergebnis der PISA-Studie war, dass die soziale Herkunft einen großen Einfluss auf die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler hat. Besonders schlechte Karten haben Kinder aus Migrantenfamilien. Dies gilt für die Schulleistungen, aber auch für die Schulwahlempfehlungen der GrundschullehrerInnen. Die Tatsache, dass diese Beurteilungen mit dem neuen Schulgesetz verbindlichen Charakter bekommen werden, wird die soziale Auslese noch weiter verschärfen. Völlig absurd ist es, wenn im Referentenentwurf der Landesregierung der Hinweis steht, dass der Elternwille berücksichtigt werden soll und Kindern zu diesem Zwecke zugemutet wird in einer dreitägigen Testphase ihre Leistungen unter Beweis stellen zu müssen. Um zu beurteilen, ob Zehnjährige in der Lage sind mit 20 Jahren das Abitur zu machen, muss ein Prüfer schon hellseherische Fähigkeiten besitzen.

Budget 6 Natur und Umwelt

Die Installation eines Lotsen zur Beratung von Architekten und Bauherren bei Eingriffsvorhaben halten wir für eine bürgerfreundliche Entscheidung.

Der Antrag der CDU eine Verringerung des Flächenverbrauchs bei Ausgleichsmaßnahmen zu erreichen ist zwar ein nobles Ziel, jedoch führt der skizzierte Weg über die Bezirksregierung an die Landesregierung herantreten zu wollen um gesetzliche Grundlagen aufzuweichen in die falsche Richtung und öffnet weiterer Flächenversiegelung Tür und Tor, da das Gut Fläche zukünftig billiger zu haben sein wird. Vielmehr sollten im Kreis und in den Gemeinden alle Maßnahmen ergriffen werden, um den Flächenverbrauch einzudämmen. Dies würde zu einem deutlich ökonomischeren Umgang mit Fläche führen.

Budget 7 Verkehr

Gespannt werden wir in nächster Zeit verfolgen, wie Verwaltung und CDU mit unserem Antrag zum Fietsenbus umgehen werden, der erneut im Verkehrsausschuss diskutiert werden soll. Von diesem Fietsenbus versprechen wir uns ein weiteres Angebot, dass den Raum Münsterland touristisch attraktiver werden lässt.

Budget 9

Im letzten Verkehrsausschuss haben wir bereits auf das Problem aufmerksam gemacht: die Ko-Finanzierung des kommunalen Radwegebaus. Die Beobachtungen der letzten Jahre scheinen anzudeuten, dass nur finanzstarke Kommunen in dieses Programm einsteigen können und andere Gemeinden hingegen leer ausgehen. Dies führt dazu, dass immer wieder Projekte, die weiter hinten auf der Prioritätenliste stehen, vorgezogen werden. Dies ist in unseren Augen so nicht hinnehmbar. Hier muss sich der Kreis auf Dauer andere Lösungen, wie beispielsweise eine Vorfinanzierung, einfallen lassen

Budget 12 Gebäude

Auch hier sind wir gespannt, wie die Verwaltung mit dem Prüfauftrag eines Energiecontractings für das Berufskolleg Gronau umgehen wird. Auch hier haben wir Zweifel, dass es dem Kreis gelingen wird, durch innovative Ideen neue Wege zu beschreiten.

Budget 00 Allgemeine Finanzmittel

Ausdrücklich schließen wir uns dem Antrag der SPD an, die in Rest gestellten Mittel für den Flugplatz Wenningfeld zur Senkung der Kreisumlage zu verwenden.

Fazit

Auch in diesem Jahr lässt sich wieder folgendes festhalten:

Der Kreis Borken spart bei den Sozialleistungen für seine Bürgerinnen und Bürger und verpulvert – ökonomisch völlig verfehlt – die finanziellen Mittel für zweifelhafte Infrastrukturmaßnahmen wie dem Flugplatz Wenningfeld.

Die Grünen lehnen daher den Budgetentwurf ab.